

ANNIE DEVOS

Leiterin der Justizhäusern (Maisons de Justice) der Region Wallonien-Brüssel, Mitglied der Arbeitsgruppe des Council for Penological Co-operation (PC-CP), ein Expertengremium des Europarats

Wo waren Sie am vergangenen 22. März während der Anschläge in Brüssel? Was haben Sie an diesem Tag empfunden?

Ich habe gerade meine beiden Kinder zur Schule gebracht, als wir im Radio von der Explosion am Flughafen Zaventem hörten. Ich dachte sofort an einen Anschlag, weil die terroristische Bedrohung während mehrerer Monate hoch war. Ich setzte meine Kinder in der Schule ab und begab mich ins Büro, wo ich erfuhr, dass sich zwei Kollegen auf der U-Bahnlinie befanden, wo inzwischen weitere Explosionen stattgefunden hatten.

Wie wurde Ihr Dienst eingesetzt?

Der Opferhilfedienst (les services d'accueil des victimes) hat mehr als 850 Opfer und Familienangehörige auf dem Postweg kontaktiert und seine Hilfe angeboten. Dabei handelte es sich einerseits um Familienangehörige der verstorbenen Opfer, andererseits um direkt und indirekt Betroffene, wobei für uns keine Rolle spielte, ob diese bei den Attentaten verletzt wurden oder nicht. Diese Menschen wurden in unterschiedlichen Phasen des Verfahrens kontaktiert. Sie erhielten Informationen über einzelne Schritte oder das weitere Vorgehen (Aussage des Geschädigten, Konstituierung als Privatkläger, Informationssitzungen usw.).

Wir haben zudem die Familien der verstorbenen Opfer bei einem Dutzend Treffen mit anderen Familien, Gerichtsmedizinern und Mitgliedern des Identifikationsdienstes begleitet.

Wir arbeiten eng mit Rachid Madrane zusammen, dem verantwortlichen Minister für die Justizvollzugsanstalten der Region Wallonien-Brüssel. Die Arbeit unserer Dienste und der Justizbeamten war bemerkenswert. Wir haben mit der Situation zu leben gelernt und sind in der Lage, professionell damit umzugehen. Es war auch nicht das erste Attentat auf unsere Einrichtungen: ich erinnere an den Anschlag auf das jüdische Museum. Ehrlich gesagt, stellte sich bei dem jüngsten Angriff mehr die Frage nach dem «wann» als nach dem «ob»...

Hat es in den Tagen und Wochen nach den Anschlägen besondere Spannungen zwischen Ihren beiden Tätigkeitsbereichen, der Opferbetreuung und der Begleitung von verurteilten Straftätern, gegeben?

Keineswegs. Wir vermeiden jede Polarisierung und wenden seit jeher die gleiche Arbeitsweise mit dem Ziel an, das Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Wir versuchen vor allem, das Vorgefallene zu verstehen und streben in einem zweiten Schritt die selbstverantwortete gesellschaftliche Einbindung des Opfers als auch der strafrechtlich verfolgten Person. Wir versuchen, den negativen Auswirkungen auf die soziale Stellung von Opfer und Täter entgegenzuwirken, adressieren uns in einem bestimmten Moment an sie und begleiten sie während einer gewissen Zeit auf ihrem Weg. Wir betrachten beide Aufgaben aus dem Blickwinkel der sozialen Eingliederung.

Wo liegen die Wurzeln des Problems des radikalen Islamismus in Belgien?

Das Problem hat mehrere Ursachen. Jedermann hat seine eigene Erklärung und gewichtet einzelne Faktoren stärker als andere. Bestimmt gibt es gesellschaftliche Aspekte, die in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt worden sind. Im Jahr 1967 hat Belgien, als Gegenleistung für das nach dem dramatischen Feuer im Kaufhaus «Innovation» erhaltene Geschenk, dem König Faisal von Saudi-Arabien einen Pavillon der Expo 58 geschenkt. Darin wurde in der Folge Belgiens «Islam- und Kulturzentrum» eingerichtet, worauf sich, entsprechend der in Saudi-Arabien vorherrschenden Glaubensrichtung, dort der Wahabismus entfaltete.

Nach dem Ende der italienischen Einwanderung in den 1960er und 70er Jahren folgte, aufgrund der Nachfrage von Bauwirtschaft, Bergbau und chemischer Industrie, eine weitere marokkanische und türkische Einwanderungswelle. Beim anschliessenden Familiennachzug haben es die öffentlichen Institutionen versäumt, den Frauen und Familien die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und sie zu integrieren. Viele dieser Familienangehörigen haben deshalb einen Lebensstil weitergeführt, der nicht den belgischen Normen entsprach. Die schulische Erziehung der Kinder dieser Bevölkerungsgruppen hat eine Mittelschicht in entstehen lassen, jedoch bremste die Wirtschaftskrise den sozialen Aufstieg jäh. Die bestehenden Problemquartiere blieben erhalten.

Welche Bedeutung ist des religiösen Faktors zuzumessen? Einige Psychologen glauben, dass gewalttätige Extremisten in der Regel eine Persönlichkeitsstörung aufweisen und die Religion nur als Vorwand benutzen. Was ist Ihre Meinung dazu?

Es gibt zwei Autoren, Gilles Kepel und Olivier Roy mit unterschiedlichen Meinungen; einer spricht von der «Radikalisierung des Islam», der andere von der «Islamisierung des Radikalismus». Ich denke, beide haben recht: alles hängt von der Perspektive ab, die man einnimmt. Für manche Menschen ist der religiöse Aspekt zentral, der mit Begriffen wie Umma (von «Ummat al-Islamiya» oder islamische Nation, die muslimische Gemeinschaft als Ganzes, Anm. der Red.) und Shâm («heiliges Land des Islam», das geographisch «Grosssyrien» entspricht, Anm. der Red.) agiert. Bezeichnungen, welche die Grundlage des von ihnen geführten mythischen Diskurses bilden. Schaut man sich die Propaganda-Videos des IS an, begegnet man Geschichten von Kriegerern, Eroberern, grossen Bezwingern und einer Reihe von Personen, die die Widrigkeiten des Lebens mit Werten wie Solidarität und Mut überwunden haben. Storytelling ist in dieser Ideologie sehr wichtig und trägt zweifellos dazu bei, Menschen auf der Suche nach Spiritualität und Identität abzuholen. Andererseits gibt es aber auch Menschen mit krimineller Vergangenheit oder psychischen Probleme. Es existieren also alle Schattierungen.

Auffallend ist indes der Frauenanteil. In unserem Dossier «Radikalismus» beträgt der Frauenanteil 25%, während er bei den strafbaren Handlungen in der Regel 5 bis 10% nicht übersteigt. Diese Erkenntnis ist ziemlich bemerkenswert. Aus der Sicht des radikalen Islams spielen Frauen also eine aktive und wichtige Rolle bei der Unterstützung des Dschihad. Rachid Madrane betont regelmäßig, es gebe kein Standard-Profil, keine typische Geschichte, keine typische Lebenssituation. Jeder Fall sei einzigartig. Es stellt sich also vielmehr die Frage nach dem Auslöser: was treibt die Personen in die Fänge des radikalen Islam? Diesbezüglich haben wir noch viel zu lernen.

An dieser Stelle drängt sich mir die praktische Frage auf, ob es möglich ist, jemanden zu entradikalisieren?

Wir sprechen nicht von «Entradikalisierung», weil dies eine totale Veränderung der Denkstruktur der betroffenen Person bedeuten würde, also eine Art delete-reset-Vorgang, was natürlich nicht der Realität entspricht. Wir versuchen lediglich zu erreichen, dass die Person sich von Gewalt distanzieren. Dabei ist in erster Linie massgebend, mit den gefährdeten Personen in Dialog zu treten, was angesichts des psychischen Zustandes von einigen dieser Personen nicht einfach ist.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Vorbereitung der Gespräche zusammen mit der Justizdirektion. In Brüssel, dem Ort mit der höchsten Zahl radikalisierten Personen in der Region Wallonien-Brüssel, erfolgt das Coaching durch unsere Justizbehörden sehr gründlich. Vor allem wenn es darum geht, Familienstrukturen zu untersuchen. Nach den Anschlägen kontaktierten wir alle Personen im Hoheitsgebiet, welche einen familiären Bezug zu den Tätern aufwiesen. Diese Personen sagten uns, wir seien die ersten, mit denen sie frei über das Geschehene reden könnten, ohne direkt mit Vorwürfen eingedeckt zu werden.

Mit diesem Vorgehen beabsichtigen wir in der Umgebung der radikalisierten Personen die «massgeblichen Ressourcen» zu finden, die uns eine Kontaktaufnahme mit den radikalisierten Personen und damit ein Vorankommen ermöglichen. Da diese Menschen sich oft am Rande der Gesellschaft bewegen, besteht das vordringliche Anliegen darin, Ihnen eine Arbeit oder eine Ausbildung zu vermitteln.

Obwohl die radikalisierte Person zentraler Ansatzpunkt unserer Bestrebungen ist, versuchen wir gleichzeitig, über den individuellen Horizont hinauszugehen und ihr Netzwerk zu verstehen.

Es ist für uns auch wichtig, die Befragung der Justizbehörden zu unterstützen und uns nicht mit oberflächlichen, bisweilen politisch «überkorrekten» Antworten zufrieden zu geben.

Worin besteht diese Befragung durch die Justizbehörden konkret?

Gibt beispielsweise eine von uns betreute Person an, dass sie eine Ausbildung absolviert, dürfen wir uns nicht damit zufriedengeben, sondern müssen bei der Befragung weitergehen. Wir müssen uns fragen, welches ihre Motivation, ihre Pläne, ihre Schwierigkeiten usw. sind. Es genügt nicht, das Feld «Ausbildung» auf dem Formular anzukreuzen und zum nächsten Feld zu springen. Viel wichtiger ist es, herauszufinden, was die Person mit Ihren Bemühungen anstrebt, ohne dabei aber aufdringlich zu sein. Wir bezeichnen dieses Vorgehen «Befragung zur Stärkung des Verantwortungsbewusstseins», was aber keinesfalls in ein inquisitorisches Verfahren münden darf.

Spielt ein Integrationsdefizit bei den Einwanderern eine Rolle?

In Brüssel gibt es viele Integrationsbemühungen, namentlich in Form von «positiver Diskriminierung». In einigen Fällen kann man sich in der Tat fragen, ob wir es nicht mit einem Phänomen des Selbstausschlusses zu tun haben, welches sich darin manifestiert, dass sich manche Menschen selber in der Rolle sozial Ausgegrenzter sehen und sich daher nicht wirklich integrieren oder assimilieren wollen.

Gleichzeitig bleibt es unsere vordringlichste Aufgabe, die soziale Kohäsion bestmöglichst zu stärken und bei Menschen ausländischer Herkunft ein Gefühl der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft zu schaffen. Das ist allerdings eine langwierige Arbeit, die im Hintergrund stattfindet. Es gibt jedoch gute Gründe zur Hoffnung: Unser sehr dichtes Netz von zivilgesellschaftlichen Kräften auf einem kleinen, dichtbesiedelten Gebiet führt dazu, dass es bei uns keine No-go-Areas und keine Vororte gibt, die von den Sicherheitsdiensten nicht betreten werden. Die Behörden sind allgegenwärtig, was in Europa keineswegs überall der Fall ist...

Und wie sieht das zahlenmässig aus?

Derzeit befinden sich schätzungsweise einige hundert radikalisierte Häftlinge in belgischen Gefängnissen. Zu den aus dem Gefängnissen entlassenen Personen, mit denen wir arbeiten, dürfen wir keine Zahlen nennen.

Seit den Attentaten ist fast ein Jahr vergangen. Welche Massnahmen sind seither getroffen worden?

Wir haben eine Präventions-Hotline eingerichtet, auf die insbesondere Menschen anrufen können, die aufgrund von Fällen von Radikalisierung in ihrem Umfeld besorgt sind. Ein Team von 15 Personen ist für den Telefondienst verantwortlich und führt einen psychosozialen Dialog mit Menschen, die bereits radikalisiert sind oder sich im Prozess der Radikalisierung befinden, sowie mit deren Angehörigen. Dies geschieht unter strengster Geheimhaltung. Unserer Aufgabe ist es nicht, die betroffenen Personen anzuzeigen, sondern vielmehr, ihnen zu helfen.

Im Bereich der Gewaltvorbeugung haben wir eine Reihe von Partnerschaften mit Städten und Gemeinden, mit Strafanstalten und mit Organisationen der Zivilgesellschaft realisiert, mit denen Möglichkeiten zur verbesserten sozialen Integration gefunden werden sollen. Wo sinnvoll, erwägen wir auch die Zusammenarbeit mit Moscheen. Schliesslich werden die bedingt entlassenen Personen von Justizmitarbeitern begleitet.

Wir haben beschlossen, in unserem neuen Dienst einen Forschungsschwerpunkt zu schaffen, um das Phänomen der Radikalisierung besser zu verstehen und zu dessen Verhinderung aussagekräftige Antworten zu finden. Politiker haben anfänglich oft von «Entradikalisierung» gesprochen, als ob der Radikalismus schlicht weggezaubert werden könnte. Bald schon hat sich die Erkenntnis eingestellt, dass das Problem komplizierter ist, als zunächst gedacht.

Wie ist Ihr Team in die neuen Programme oder Dienstleistungen eingebunden? Fühlen sich Ihre Mitarbeiter ausreichend unterstützt?

Wir arbeiten mit den betroffenen Personen in zwei Bereichen: in der Strafanstalt und in der Anrufzentrale. Die Schwierigkeit ist, gute Ausbilder zu finden, weil uns angesichts der relativ neuen Situation die Erfahrungswerte fehlen. Was wir machen, müssen wir künftig noch besser machen. Wir müssen ferner versuchen, die religiöse Dimension besser zu verstehen, ohne uns ausschliesslich auf den Islam zu fokussieren. In Belgien haben wir ein besonderes Problem mit dem radikalen Islam. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass in anderen europäischen Ländern das gleiche Problem der Gewalttradikalisierung existiert, etwa bei Links- oder Rechtsextremen. Gewalttätiger Extremismus beschränkt sich nicht auf den radikalen Islam. Die Verharmlosung von Gewalt und die Entmenschlichung des Gegenübers existiert auch in anderen Ideologien.

Worin liegt der Mehrwert des Handbuchs, zu dem Sie massgeblich beigetragen haben?

Die Schaffung gemeinsamer Standards oder zumindest eines gemeinsamen konzeptionellen Rahmens, von dem aus jedes Land seinen Weg zu finden versucht, ist von zentraler Bedeutung. Die Ausgangslagen in den unterschiedlichen Ländern unterscheiden sich. Rezepte, die für ein Land taugen, sind für ein anderes nicht notwendigerweise relevant. Trotzdem scheint es wichtig, angesichts der Komplexität dieses Problems und der Tatsache, dass die meisten Länder in unterschiedlichem Grad damit konfrontiert sind, gemeinsame Überlegungen zu diesem Phänomen anzustellen. Man muss sich aber auch im Klaren sein, dass sich diese Phänomene ständig wandeln, weshalb die laufende Anpassung dieses Dokuments absolut notwendig ist, um neu gewonnene Erkenntnisse zur Gewalttradikalisierung darin einfliessen zu lassen. Der Europarat als Menschenrechtsgarant ist die richtige Instanz, um zu dieser Frage Stellung zu beziehen. Aus dieser Perspektive erfüllt der Europarat schlicht seine ihm zugedachte Aufgabe.

Bei dieser Gelegenheit scheint es uns aber auch angebracht, einmal mehr an vermeintlich selbstverständliche Grundsätze wie die Qualifikation des Personals, die Haftbedingungen usw. zu erinnern.

Haben Sie einen Rat für die Schweizer Bewährungsdienste?

Wichtig ist die Nutzung von Synergien und die Schaffung von Kohärenz zwischen der Arbeit der Haftanstalten und der Bewährungshilfe, damit die Entlassung aus den Haftanstalten optimal koordiniert werden kann. Wir müssen versuchen, jegliche Kluft zwischen dem bei der Freilassung angestrebten Zustand und der Realität zu schliessen und die Präsenz von Fachleuten sicherzustellen, die mit den Entlassenen zusammenarbeiten und wenn möglich bereits ihr Umfeld vorbereiten, um ein Maximum an Stabilität zu gewährleisten. Bei enger Zusammenarbeit soll jeder seine Rolle wahrnehmen.

Strassburg, März 2017